

Die Armut in Österreich ist real

Autor: Isabella Lichtenegger, Wien, 3. 7. 2024

Im Juli 2024 reicht es bereits, wenn man seine Nachbarn etwas aufmerksamer als sonst wahrnimmt, oder beim Warten vor einer Ampel die Szenerien auf den Straßen beobachtet: Es ist beschämend. Armut ist real, auch wenn die Betroffenen sie aus Furcht vor Ausgrenzung verheimlichen.

Die betagte ältere Frau, die mit ihrem Trolley täglich an einem Kleidersammel-Container vorbeigeht, um vielleicht zufällig ein paar fälschlich deponierte Lebensmittelspenden zu ergattern. Die junge Mutter, die ihr Kind hochhebt, weil Kinderhände einfacher nach Kleidungsstücken im Container greifen können. Die lange Schlange vor dem Sozialmarkt, die sich bereits eine Stunde vor dem Öffnen bildet, die Wohnungslosen, die sich jeden Abend in „ihrer“ Nische vor Geschäftslokalen einen Schlafplatz einrichten und jene, die jedem, der ihnen auch nur ein wenig Aufmerksamkeit schenkt, dankbar von ihren existenziellen Problemen berichten. Oder die Verzweiflung und die Angst vor der sozialen Ächtung, einer Alleinerziehenden, bei der es sich wegen eines Halbtagsjobs nicht ausgeht, ihre beiden Kinder durchzubringen. Sie postete vor Kurzem anonym in einer FB-Gruppe und bat Leute aus ihrem Heimatort in NÖ um Lebensmittel- und Sachspenden.

Armut ist real – auch wenn wir sie nicht immer gleich bemerken

Wer sich selbst ein wenig zurücknimmt und mit offenen Augen und Ohren beispielsweise durch Wien geht, wird feststellen, dass die lebenswerteste Stadt der Welt immer mehr zu einem Potemkin'schen Dorf verkommt. Die Fassaden werden begrünt, der Verkehr zu Gunsten der Umwelt reduziert und die Menschen werden mit hohen Mieten und Energiepreisen auf der einen Seite, sowie mit hohen Steuern und Sozialabgaben auf der anderen Seite in finanzielle Bedrängnis gebracht. Gute Jobs sind rar und sofern man überhaupt noch einen Kredit für eine Eigentumswohnung oder auch nur für die Kautions einer Gemeindewohnung von seiner Bank bekommt, wird es immer schwieriger, die Raten, die man früher vielleicht noch problemlos stemmen konnte, aufzubringen.

In Wien kümmert man sich eben mehr ums Image, um die Wirkung nach außen, als darum, auf das Wichtigste zu achten – auf die sozial gerechte Behandlung, auf eine faire Verteilung finanzieller Hilfen sowie um den respektvollen Umgang miteinander. Wesentlich lieber brüstet man sich medienwirksam damit, dass eine US-amerikanische Wochenzeitung („The Economist“) Wien im Juni 2024 im „Global Liveability Ranking“ bereits zum dritten Mal in Folge auf Platz eins reihte, beziehungsweise die Agentur „Mercer“ der Bundeshauptstadt mittlerweile zum 11. Mal hintereinander den Spitzenplatz zugeteilt habe.

Ein Hohn für alle, die in Wien bereits in Armut leben oder knapp davorstehen. Die Armutsgrenze liegt aktuell (April 2024, aus EU-SILC 2023) für einen 1-Personen-Haushalt bei Euro 1.572. Laut Statistik gab es 2022 allein in Wien rund 1.526.000 Single-Haushalte (österreichweit, 2023 rund 1,57 Millionen!). Ein Blick auf die Alterspensionen zeigt, dass Frauen 2022 im Schnitt 1.313 Euro und Männer 2.229 Euro brutto (,14-mal pro Jahr) bekamen. Und um ein realistisches Beispiel für ein durchschnittliches

Einkommen anzuführen – Vollzeit im Verkauf bringt netto rund Euro 1.705,32/pro Monat, wissend, dass es in diesem Bereich überwiegend Teilzeitkräfte gibt.

Armut ist real, wie aktuelle Umfragen bestätigen

Eine aktuelle Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Ipsos unter 800 Menschen in allen heimischen Bundesländern zeigt, dass nur knapp die Hälfte der Befragten gut mit dem vorhandenen Geld zurechtkommt. Lediglich 48 Prozent würden angeben, komfortabel zu leben oder zumindest gut zurechtkommen. Bei Menschen mit formal geringerem Bildungsgrad sei der Wert mit 42 Prozent noch geringer. Und auch die nächsten zwölf Monate würden mehrheitlich düster gesehen. (SN, 2. Juli 2024,

https://www.sn.at/wirtschaft/oesterreich/nur-haelfte-oesterreich-161107435?xing_share=news)

Armut ist real – die Politik ignorant

Politikerinnen und Politiker aller Couleur vermitteln öffentlichkeitswirksam Verständnis, versprechen Verbesserungen und finanzielle Unterstützung – schließlich zähle Österreich zu den reichsten Ländern Europas, man habe ein funktionierendes Sozialsystem und trete selbstverständlich immer und ausschließlich für die Interessen der Österreicherinnen und Österreicher ein.

Ein kurzer Überblick:

Das Regierungsprogramm der ÖVP 2020 bis 2024 „Aus Verantwortung für Österreich“ Michael Ludwig, Bgm. Wien, SPÖ, 20.4.2024: „Nur eine starke Sozialdemokratie garantiert soziale Gerechtigkeit – in Wien, in Österreich und in Europa!, NEOS fordern im EU Wahlkampf die „Vereinigten Staaten von Europa“ nach amerikanischem Vorbild in Richtung, jeder macht was er will, Gesundheit und soziale Vorsorge nur für jene, die es sich leisten können; FPÖ (vergl. Webseite) sorgt für „Wohlstand und Gleichgewicht“, und die Grünen zeigen mit ihrer autistisch anmutenden Regierungsarbeit, dass Umweltschutz um jeden Preis, sowie Waffen und Energieunabhängigkeit von Russland wichtiger sind, als die naheliegendsten Bedürfnisse der Österreicherinnen und Österreicher (vergl. https://www.bmk.gv.at/service/presse/gewessler/2022/20220426_ausstieg-russisches-gas.html).

Allesamt hatten sie bereits die Gelegenheit, auf Bundes- und/oder zumindest auf Landesebene einmalig oder zum wiederholten Mal zu beweisen, dass sie es ernst meinen mit ihren politischen Glaubenssätzen und mit ihren Versprechungen. Wie sich herausstellt – die Nettomieten sind im Jahr 2023 bei etwa einer dreiviertel Million betroffener österreichischer Mieterinnen und Mieter um 8,6 Prozent gestiegen, die Inflation lag zwischen Juli 2023 bis Juni 2024 bei Ø 4,96 %, und die gesamtwirtschaftlichen Energiekosten sind auch massiv angestiegen – im Jahr 2022 (+ 23,6 Mrd. Euro), im Ausmaß von 5,3% des BIP, kumuliert betrachtet (2021-23) im Ausmaß von 7,7% des (prognostizierten) BIP in 2023

(https://www.arbeiterkammer.at/interessenvertretung/wirtschaft/energiepolitik/Studie_Inflationseffekte_der_Energiekrise_2021-23.pdf. und die energiekosten).

Nüchtern betrachtet, haben wir es deshalb bis zu den Nationalratswahlen am 29. September 2024 mit einem sommerlichen Sprühnebel zu tun, der uns allen den Blick auf die reale Armut, der viele vielleicht sogar jeden Morgen selbst im Spiegel ins Gesicht blicken, verschleiern soll.